

SPD ist gegen neue Kleinwasserkraftwerke in Flüssen

Die Umweltpolitikerin Eleonore Mühlbauer schlussfolgert aus dem Fall Schwarza:

Der Preis der Naturschäden ist zu hoch.

Erfurt. Mit Erschrecken hat die naturschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Eleonore Mühlbauer, auf die Antwort des Umweltministers zum Bau eines privaten Kleinwasserkraftwerks an der Schwarza bei Mellenbach reagiert.

Auf ihre Anfrage musste das Ministerium erhebliche Probleme bei der Bauausführung einräumen. "Das Wasserkraftwerk hat massive Auswirkungen auf das Flussbett sowie Flora und Fauna im Gebiet der Schwarza", beklagt die Umweltpolitikerin. Die Artenvielfalt, insbesondere der Fische, sei "massiv gefährdet". Mühlbauer wirft die Frage auf, zu welchem Preis an so sensiblen Gewässern wie der Schwarza in die Natur eingegriffen wird. Die SPD- Abgeordnete bezweifelt die energiepolitische Sinnhaftigkeit solcher Kleinwasserkraftwerke. Das an der mittleren Schwarza schafft maximal 105 Kilowatt Leistung, noch kleinere kaum 30 kW. Dafür stünden die Durchgängigkeit von Fließgewässern, die Bemühungen von Anglern und Naturschützern um guten Fischbesatz und die Lebensqualität der Flussanrainer auf dem Spiel.



FOTO: VANT



Ökologisch zerstörte Flüsse!

Für Eleonore Mühlbauer ergibt sich aus dem Beispiel Schwarza nur eine Schlussfolgerung:

"Kleinwasserkraftwerke dürfen in Thüringen nicht mehr genehmigt werden."

Ihr wirtschaftlicher Nutzen stehe in keinem vertretbaren Verhältnis zum angerichteten Schaden in der Natur. Die Praxis im Freistaat sieht freilich anders aus. Das Land genehmigt solche Anlagen nicht nur, sondern förderte bis 2005 ihre Errichtung auch mit insgesamt 4,2 Millionen Euro. Das Umweltministerium verschwieg in seiner Antwort auf die parlamentarische Anfrage Mühlbauers, wie trickreich die Genehmigungsbehörde Landesverwaltungsamt im Fall Schwarza einem bayerischen Investor 2009 die Genehmigung für den Bau eines Turbinenkraftwerks erteilte unter Missachtung der Beteiligungsrechte von Umweltverbänden. Erst Strafanzeigen gegen die Behörde und öffentliche Proteste führten im Sommer dieses Jahres zu einem Baustopp, weil Auflagen nicht eingehalten wurden. Ob die Anlage in Betrieb gehen wird, ist ungewiss.